



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) retten und ausbauen – Förderquote auf 40 Prozent anheben
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 684 76 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Jugendsozialarbeit; Jugendschutz)) für das Jahr 2026 von 28.628,0 Tsd. Euro um 14.400,0 Tsd. Euro auf 43.028,0 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 684 76 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Jugendsozialarbeit; Jugendschutz)) für das Jahr 2027 von 31.328,0 Tsd. Euro um 16.740,0 Tsd. Euro auf 48.068,0 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) ist unverzichtbar, droht aber finanziell auszubluten. Seit Beginn des Programms ist der staatliche Festbetrag pro Stelle kaum gestiegen, während die Personalkosten massiv angezogen haben. Der staatliche Finanzierungsanteil liegt mittlerweile weit unter der ursprünglichen Quote von 40 Prozent.

Die Folge: Finanzschwache Kommunen können den steigenden Eigenanteil kaum noch stemmen und drohen, aus der Kofinanzierung auszusteigen. Gleichzeitig führt der minimale Mittelaufwuchs im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 angesichts steigender psychischer Belastungen bei Jugendlichen zu einem faktischen Ausbaustopp. Dieser Änderungsantrag korrigiert die Fehlentwicklung.